

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.,  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Vielst-Ständer)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsans. 25 Pf., Familienans. 15 Pf.  
Vereinsans. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt Köpenickstadt, Nr. 4720.

Nr. 23.

Berlin, Mittwoch, 19. März 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Der Kampf im Malergewerbe. — Jahresbericht des Vertreters am Reichsversicherungsamt für 1912. — Der Staatssozialismus auf dem Parise. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

### Der Kampf im Malergewerbe.

Ogleich es anfangs den Anschein hatte, als würden gerade im Malergewerbe die Tarifverhandlungen einen friedlichen Verlauf nehmen, ist es doch zum Kampfe gekommen. Die Schiedssprüche der Unparteiischen sind von sämtlichen Organisationen der Arbeitnehmer angenommen, von den Unternehmern dagegen abgelehnt worden, die sofort zur Ausperrung schritten. Die Schärmaeder im Malergewerbe haben also mehr und mehr das Uebergewicht gewonnen. Sie wollten eine Nachprobe und den Arbeiterorganisationen, die bis an die äußerste Grenze entgegengekommen waren, einen vernichtenden Schlag verfehlen. Allerdings haben sie die Rechnung ohne die heftigeren Elemente gemacht. An vielen Orten kümmert man sich um den Ausperrungsbeschluss des Unternehmerversandes überhaupt nicht, sondern löst ruhig weiterarbeiten, und es kann schon heute gesagt werden, daß die Ausperrung ein Schlag ins Wasser ist, daß nur ein Bruchteil der Gehilfen aufs Eislaßer geworfen ist. In zahlreichen Städten wird weitergearbeitet; man hat sich dort geeinigt, und vielfach sind den Gehilfen weitlich höhere Löhne zugestanden worden, als im Tarif vorgegeben war. Das zeigt, daß eine friedliche Verständigung sehr wohl möglich gewesen wäre, wenn man ernstlich gewollt hätte.

Aber an diesem Willen hat es eben gefehlt. Das zeigt deutlich eine Erklärung, welche die drei Unparteiischen, Dr. Brenner, Rath und Dr. v. Schulz in der Zeitschrift „Das Einigungsamt“ veröffentlichten, um das Publikum über die Sachlage zu unterrichten. Darin wird gesagt, daß die Ablehnung durch die Unternehmer weniger wegen der zugebilligten Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, sondern in der Hauptsache durch die Bestimmungen über den Arbeitsnachweis erfolgt sei. Dazu hat nach Meinung der Unparteiischen kein Anlaß vorgelegen. Denn sie weisen nach, daß die Frage des obligatorischen Nachweises bereits 1910 von Arbeitgeberseite anerkannt worden sei und das neue Vertragschema keine neuen Grundzüge aufstelle. Eine zwanzeiweiße Bindung ist nicht ausgesprochen; das im alten Vertrag vorgesehene, von Arbeitgeberseite befündete Obligatorium der Benutzung ist im neuen Vertrag sogar gestrichen worden. Uebrigens habe das neue Vertragschema die volle Billigung der Arbeitgebervertreter gefunden, und es sei von dieser Seite gar kein Schiedspruch verlangt worden. Nach dem Schiedspruch könne nach wie vor auf seinem Wege, also auch nicht durch einen Beschluß der Ortsarbeitsräte, ein Vertragsanteil tariflich gezwungen werden, gegen seinen Willen einen varitätlichen Arbeitsnachweis einzurichten. Alles beruht nur auf gegenseitiger Vereinbarung. Die Ortsarbeitsräte sollen nur prüfen, ob eine derartige Vereinbarung zu erzielen ist, sonst nichts. Die Erklärung schließt mit folgenden Worten:

„Wie jemand, der den Wortlaut und die Entstehungsgeschichte der Bestimmungen über Arbeitsnachweise kennt und an den Verhandlungen teilgenommen hat, eine andere Auffassung haben oder verbreiten kann, ist nicht recht ersichtlich. Wenn trotzdem diese Erklärung an dieser Stelle erfolgt, so geschieht es, um für alle Beteiligten vollkommene Klarheit über diese Ablehnungsgründe des Schiedspruchs zu

schaffen, aber auch, um von keiner Seite nachträglich den Vorwurf zu hören: Das hätte man uns rechtzeitig sagen sollen.

Auch die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse, in diesem Hauptzeitpunkt eine maßgebende Auslegung zu erfahren und damit die Dinge klar zu sehen.

Zweifellos werden diese Darlegungen ihre Wirkung in der Öffentlichkeit nicht verfehlen. Sie lassen mit Deutlichkeit erkennen, daß die Unternehmer durchaus den Kampf wollten. Dabei leitete sie, wie schon eingangs erwähnt, der Wunsch, die Arbeiterorganisationen, um mit Herrn Bued zu reden, zu zerschmettern. Welden daß man gegen diese hegt, dafür legt beredetes Zeugnis ab ein Verpfändungschein, den der erste Bau des Hauptverbandes Deutscher Arbeiterverbände im Malergewerbe, die Hamburg, den Gehilfen zur Unterschrift vorlegt. Dieser Kern verdient der Nachwelt überliefert zu werden. Er hat folgenden Wortlaut:

Der unterzeichnete Maler, Lackierer-Gehilfe  
Name Vorname Geburtsort und -tag  
Wohnung

1. erklärt auf sein Ehrenwort, daß er keiner der nachstehenden Gehilfenorganisationen angehört: Zentralverband der Maler, Lackierer usw. Deutschlands (Sitz Hamburg) — Zentralverband der christlichen Maler, Lackierer usw. (Sitz Düsseldorf) — Gewerksverein der Maler und Lackierer, Reichs-Bund (Sitz Berlin).

2. Er erklärt ferner, daß er während der Dauer des Tarifkampfes weder die genannten Organisationen noch deren einzelne Mitglieder moralisch oder mit Geld oder sonstwie unterstützen wird.

3. Er erklärt ferner, daß er den vom Arbeitgeberverband herausgegebenen Lohnzettel mit den darin festgesetzten Arbeitszeiten und Lohnsätzen als rechtsverbindlich anerkennt, und bestatigt den Empfang eines für das zuständige Lohngebiet geltenden Abdruckes von diesem Vertrage.

4. Der Unterzeichnete verpflichtet sich schließlich, seinem Arbeitgeber, dem er dieses Schriftstück unterschrieben ausgehändigt hat, sofortige Anzeige davon zu machen, falls er während der Dauer des gegenwärtigen Tarifkampfes nicht mehr gewillt oder nicht mehr in der Lage ist, die Erklärungen unter den vorstehenden Ziffern 1, 2 und 3 ausrecht zu erhalten.

5. Zur Aufrechterhaltung der in diesem Schriftstück enthaltenen Erklärungen unter 1 bis 3 und zur Erfüllung der Verpflichtung unter 4 hinterlegt der unterzeichnete Gehilfe aus freier Entschlieung einen Gelddbetrag in Höhe von 20 Mk. (Zwanzig Mark) bei der mitunterzeichneten Geschäftsstelle des Arbeitgeberverbandes. Er ist ausdrücklich damit einverstanden, daß der Arbeitgeberverband diesen Betrag als Vertragsstrafe zur eigenen Verfügung befallen betrachten soll, wenn der unterzeichnete Gehilfe gegen seine Erklärungen oder gegen seine Verpflichtungen aus diesem Schriftstück verstoßen sollte. Die Hinterlegung kann auch in zwei sofort zu leistenden Raten von je 10 Mk. an den nächsten Lohnzahlungstagen erfolgen.

6. Der mitunterzeichnete Arbeitgeberverband verpflichtet sich, den unterzeichneten Gehilfen beimögl. unter den Bedingungen des ausgehändigten Lohnzettels bei seinen Mitgliedern zu beschäftigen, so lange der Gehilfe die in diesem Schriftstück enthaltenen Bedingungen erfüllt.

7. Nach Ablauf des gegenwärtigen Tarifstreites mit den Gehilfenorganisationen und mit Abschluß eines Reichsttarifvertrages soll dieses Schriftstück und der dazu gehörige Lohnzettel seine Gültigkeit verlieren und die hinterlegte Sicherheit unzerzäßlich zurückgeben werden, sofern der Rückgabe nach Punkt 5 dieses Schriftstücks keine Hinderung im Wege steht.

Vorstehendes Schriftstück habe ich vor der Unterzeichnung genügend gelesen und verstanden und erkläre mein volles Einverständnis mit dem Inhalt. Meine Unterschrift leiste ich völlig aus freier Entschlieung. Einen Abdruck von diesem Schriftstück habe ich erhalten.

(Folgen die Unterschriften.)

Der geistige Vater dieses Verpfändungscheins ist Herr Obermeister Hansen in Hamburg, der die Führung der Schärmaeder im Malergewerbe übernommen hat. Unberühmter konnte nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß es den Herren lediglich um die Wiederherstellung der Organisationen handelte. Die Arbeiterkraft aber wird die Schärmaederpläne zusehends machen, und das wird ihr umso eher gelingen, als sie in ihrem Kampfe nicht nur die Unparteiischen, sondern zweifellos auch die Sympathien der gesamten Öffentlichkeit auf ihrer Seite hat.

### Jahresbericht des Vertreters am Reichsversicherungsamt für 1912.

Mit dem 1. Januar 1913 ist der Teil der Reichsversicherungsordnung in Kraft getreten, der die Unfallversicherung umfaßt. Ueber die damit eingetretenen Änderungen, insbesondere über die Vor- und Nachteile, haben unsere Fachorgane im verfloßenen Jahre genügend berichtet, jedoch es sich wohl erübrigt, in diesem Zusammenhange nochmals näher darauf einzugehen. Die Tatsache ist jedenfalls nochmals festgestellt, daß das Reichsversicherungsamt, wenn auch noch nicht in diesem Jahre, — da bis heute noch über 24 000 Fälle in der Unfallversicherung und über 3 500 Fälle in der Invalidenversicherung, in denen Refus, resp. Revision eingeleitet wurde, zu erledigen sind — für die Folge bedeutend entlastet wird. Welchen Grad diese Entlastung erreichen wird, darüber wird uns erst die kommende Praxis die gewünschte Aufklärung geben.

Die Zahl der im Jahre 1912 uns neu überwiesenen Streitigkeiten betrug 330, war somit etwas höher als im Vorjahr. Es gingen bei uns ein: 1910 358 Fälle, 1911 318 Fälle, 1912 330 Fälle.

Auf die einzelnen Monate verteilen sich diese Eingänge wie folgt: Januar 35, Februar 13, März 24, April 29, Mai 24, Juni 34, Juli 18, August 11, September 14, Oktober 33, November 37, Dezember 28.

Die Arbeitersekretariate überwiesen uns 38 (im Vorjahre 40) Fälle, die Rechtsanwaltsstellen 128 (i. B. 126), die Anwaltsbüros 3 (i. B. 6) Fälle. Ferner erhielten wir von den Ortsvereinen und Ortsverbänden 42 (33), von den Verordneten selbst 89 (67), von einzelnen Beamten 2 (2), vom Verband der Radfahrer und Reiter 3 (3), von evangelischen Arbeitervereinen 4 (4), von Lokalvereinen und sonstigen Stellen 22 (37).

Unter den uns überwiesenen Fällen befinden sich 314 Unfallsachen und 14 Invalidensachen, sonstige Streitigkeiten 2.

Bei den Rechtsstreitigkeiten in der Unfallversicherung waren streitig: Hinterbliebenenrenten in 11 Fällen, Anerkennung des Unfalles in 34, Entziehung der Rente in 125, Verabfolgung der Rente in 93, höhere Rente bei eriter Festlegung in 59, Verklammerungsanträge in 6, Abzendenrente in 1 Fall.

Bei den 14 Invalidenrentenstreitigkeiten handelte es sich um Nichterfüllung der gesetzlichen Wartigkeit in 1 Fall, um Verletzung der Invalidität in 9 Fällen, um Aufhebung der Invalidenrente in 4 Fällen.

Das Rechtsmittel war eingeleitet: 29 mal durch die Verordneten, 30 mal durch die Vernehmungsträger und 2 mal durch beide Parteien.

In der Unfallversicherung waren seitens der Versicherungsträger an der Streitfällen natürlich die gewerblichen Berufsgenossenschaften am stärksten beteiligt. Mit 52 derselben



noch unklar ist, was die Bewegung der Einzelnen in seiner Bewegung- und Vereinigungsfreiheit vollständig einengen. Ohne Bindung stand er dem absolutistischen Staatsregime als Untertan gegenüber. Er hatte nichts zu sagen, sondern bloß zu gehorchen. Das führte neben mandem andern schließlich nach Jena. Und heute, gute hundert Jahre später? Gewiß, aus dem Untertan ist ein Staatsbürger geworden, der in den Parlamenten zur Leitung und Kontrolle der Staatsgeschäfte herangezogen ist, dem hier und dort die Selbstverwaltung zugesichert worden ist. Aber machen wir nicht bereits eine bedenkliche Rückentwicklung gerade in dieser Hinsicht durch? Sind die Reichsversicherungsordnung nicht darauf aus, das Selbstverwaltungsrecht an den sozialen Unfällen zu schmälern und der Bureaucratie wieder mehr Spielraum zuzuführen? Das einzige Mittel aber, einen Staatssozialismus dauernd zu erhalten, scheint mir nicht in seiner Bureaucratifizierung gegeben zu sein — die Geschichte lehrt das Gegenteil — sondern gerade in der Heranziehung der breitesten Volksschichten zur Mitarbeit nach den Grundzügen der Selbstverwaltung.

Wird aber im Gegenzug hierzu unser ganzer staatssozialistischer Aufbau rein bureaucratifiziert, ist dieses ganze System zur Verkümmern verurteilt und wir gehen einem Chinesentum entgegen, bis der Individualismus sich wie vor hundert Jahren eines Tages wieder Bahn bricht und alle diese staatssozialistischen Gebäude niederreißt, um erst einmal wieder, unbeengt und unbedrückt schaffend, vorwärts zu kommen. Dann hätten wir lediglich einen Kreislauf vollendet. Etwas Neues ist auch das nicht in der Geschichte.

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 18. März 1913.

**Die ersten Fachauschüsse für die Seimarbeit** sollen demnächst errichtet werden, nachdem der Bundesrat sich mit einer Reihe von darauf bezüglichen Anträgen beschäftigt hat. Im preussischen Handelsministerium sind bereits umfassende Erhebungen veranstaltet worden, für welche Zweige der Industrie und an welchen Orten solche Fachauschüsse einzurichten sind. Auf Grund dieser Erhebungen wird die preussische Regierung ebenfalls beim Bundesrat die Errichtung einer ganzen Reihe von Fachauschüssen beantragen.

**Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte** ist nunmehr bezüglich seiner beamteten Mitglieder vollständig. Es besteht aus dem Präsidenten Dr. Koch und 14 Mitgliedern, nämlich dem Geh. Oberregierungsrat v. Bismann und den Geh. Regierungsräten Lehmann, Sanel und Rothgangel. Dazu treten noch nach den Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes vier ehrenamtliche Mitglieder, je zwei Vertreter der versicherten Angestellten und der Arbeitgeber. Die nicht-beamteten Mitglieder nebst 8 Ersatzmitgliedern werden am 4. April in der ersten Sitzung des Verwaltungsausschusses gewählt werden. Ihre Wahl gilt für 6 Jahre. An höheren Beamten hat die Reichsversicherungsanstalt gegenwärtig nach 9 Regierungsräte. Die Stellen für 3 weitere Regierungsräte sind bereits bewilligt, aber noch nicht besetzt. Sobald die Wahlen am 4. April zum Abschluß gebracht sind, verfügt die Reichsversicherungsanstalt über ihre sämtlichen Organe, das Direktorium, den Verwaltungsrat, die Rentenausschüsse und die Vertrauensmänner.

**Was lange währt, wird nicht immer gut**, das zeigt der Geiseltwurf, den die preussische Regierung jetzt zur Förderung der inneren Kolonisation dem Landtage hat zugehen lassen. Bei der Besprechung der Teuerungsvorhältnisse im preussischen Abgeordnetenhaus hatte bekanntlich Herr v. Bethmann-Sollweg als Ministerpräsident zu erkennen gegeben, daß die Regierung die innere Kolonisation fördern und demnächst gesetzgeberische Maßnahmen treffen wolle. Lange genug hat der Entwurf auf sich warten lassen, und jetzt müssen selbst diejenigen, die ihre Hoffnungen nicht allzu hoch gespannt hatten, erkennen, daß die geplanten Maßnahmen eigentlich noch weniger sind als ein Tropfen auf den heißen Stein. Ganze 25 Millionen Mk. sollen zur Förderung der Landeskultur und der inneren Kolonisation verwendet werden. Von dieser Summe sind bestimmt 12 Millionen Mk. zur Urbarmachung von feststehenden Mooren in den Provinzen Hannover

und Schleswig-Holstein, 3 Millionen zur Ausführung von Meliorationen auf Domänen, Borwerken und anderen Grundstücken, und beiseitene 10 Millionen zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Anleihegesellschaften.

Das Originellste ist, daß die Regierung sich in der Begründung auf die Fleischteuerung beruft, die den Beweis erbracht habe, daß eine Vermehrung der heimischen Viehhaltung und Fleischzeugung notwendig sei. Dafür aber sei eine möglichst beschleunigte und umfassende Urbarmachung der weiten Lecklandsflächen von der größten Bedeutung. Denn dadurch allein sei eine Vermehrung der bäuerlichen Stellen und der Kleinwirtschaften zu erreichen, die verhältnismäßig mehr Vieh halten können als die Großbetriebe. Wenn diese Tatsachen richtig sind, — und es läßt sich wirklich nichts dagegen einwenden — dann sollte man aber nicht mit so fleischlichen Mitteln kommen, wie sie hier vorgeschlagen werden. Soll innere Kolonisation erfolgreich wirken und die Zwecke erreichen, die die Regierung selbst angibt, dann muß man die Aufgabe etwas großzügiger in Angriff nehmen. Man ist doch sonst bei uns nicht so. Bei der geplanten Seeresvorlage werden Hunderte von Millionen geordert und zur Verteilung geteilt. Hier, wo es sich um eine Lebensfrage des Volkes handelt, ist man so bescheiden. Im Volke wird man für eine solche Politik wenig Verständnis haben.

**Arbeiterbewegung.** Der Kampf in der Berliner Herrenkonfektion nimmt seinen Fortgang. Es ist feinerlei Milderung in der Situation zu verzeichnen. Von der Arbeitgeberverbände angeordneten allgemeinen Auslieferung im Reich ist bis zum heutigen Tage noch nichts zu vernehmen. — In der Berliner Textilindustrie ist es den Arbeitern gelungen, einen Tarifvertrag abzuschließen, der bis zum 15. März 1916 läuft. Der Tarif muß, da es an einer Arbeitgeberorganisation fehlt, mit den einzelnen Fabrikanten abgeschlossen werden, von denen die größten die Unterzeichnung bereits vollzogen haben. Wo die Unterzeichnung nicht erfolgt, soll die Arbeit eingestellt werden. — Der Streik der Bunkerleute in Hamburg Sais ist nun endgültig erledigt und die Arbeit wieder aufgenommen worden. — In der Kreisfelder Seidenindustrie ist es nunmehr zum offenen Kampf gekommen. Nachdem die Färber die Zugeständnisse der Unternehmer abgelehnt haben, hat der Arbeitgeberverband die Auslieferung von 15.000 Arbeitern und Arbeiterinnen beschlossen. Die vom Oberbürgermeister angebotene Vermittlung wurde von den Unternehmern mit der Begründung abgelehnt, daß sie bis an die äußerste Grenze gegangen seien, eine Vermittlung also keinen Zweck mehr hätte. Sollte bis zum 22. März keine Einigung erzielt sein, so soll eine weitere Auslieferung in der gesamten nieder-rheinischen Saant- und Saantfabrikation erfolgen. — In der Maschinenfabrik Wiesbaden haben etwa 450 Arbeiter die Kündigung eingereicht, weil die Betriebsleitung ihre Lohnforderungen abgelehnt hat. Die Arbeit soll ebenfalls am 29. März niedergelegt werden. — In Wachen sind die organisierten Schneider in den Ausstand getreten, weil ihnen der durch Tarif vereinbarte Lohn nicht gezahlt worden ist.

Die Bewegung der Bäckergehilfen in London hat nach kurzer Dauer mit einem Erfolge für die Arbeiter geendet. Die Unternehmer haben auf die Forderung der Mindestlohnleistung verzichtet. Dagegen ist die Arbeitszeit für Brotfabriken auf 54 Stunden und für Bäckereien auf 60 Stunden pro Woche und ein wöchentliches Minimum von 30 Mk. festgesetzt worden. — In Wien haben die Stukkateurmeister beschlossen, sämtliche Gehilfen auszusperrn, weil in einigen Betrieben die Arbeit eingestellt worden ist. Wird die Drohung wahrgemacht, dann werden etwa 6000 Arbeiter davon betroffen.

**Strafgelbes bei der Arbeit im Ruhrbergbau.** Die Jedenarbeitsordnung droht bei nicht weniger als 17 Punkten Bestrafung an. Auf Grund dieses eigenartigen Strafgesetzbuches wurden im Jahre 1912 auf 131 Jeden des Ruhrgebiets folgende Summen von Geldstrafen über die Bergarbeiter verhängt:

Begen Fördern unreiner Kohle	362 668 Mk.
Begen iontger Bergaben	568 098 „

Zusammen 930 966 Mk.

Die Bestrafungen wegen Fördern unreiner Kohle oder wegen nicht genügend gefüllter Wagen erregen die bei Bergarbeitern besonders Wider-

spruch. An der Arbeitsstelle voll geladene Wagen werden durch den langen unterirdischen Transport so zusammengedrückt, daß die Ladung sich senkt. Ueber Lage kommt dann der Wagen nicht mehr voll beladen an. Auch läßt es sich nicht leicht vermeiden, daß einige Steine mit eingeladen werden. Für alle diese Mängel aber droht Bestrafung. Bei der Lohnzahlung werden auch, so klagen die Bergarbeiter, einzelne Pfennige nicht ausbezahlt. Die hierdurch erzielte Summe beaufte sich bei den 131 Schachtanlagen auf 102 656 Mk., die allerdings in eine Jochen-Unterstützungskasse fließen. Wird hier die Lohnbeibehaltung durch den guten Zweck nachträglich gerechtfertigt, so ist doch der Strafgeberabzug in dem großen Umfang nicht unbedenklich, weil, wie die „Soz. Praxis“ mit Recht bemerkt, Ankläger, Richter und Urteilsvollstreckter bei dieser Strafgerichtsbarkeit dieselbe Person sind.

**Die Entwicklung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1912** war überaus glänzend. Der Warenumsatz stieg von 109 605 469,39 Mk. auf 135 907 173,21 Mk., also um 26 301 703,82 Mk. = rund 24 Proz. Der Umsatz der Zigarren- und Tabakfabriken erhöhte sich von 2 692 608,25 Mk. auf 3 365 528,24 Mk., also um 672 919,99 Mk. = 25 Proz. Kehnlich entwickelte sich die Seifenfabrik. Sie steigerte ihren Umsatz von 4 863 904,30 Mk. auf 5 539 737,66 Mk., also um 675 833,36 Mk. = fast 14 Proz. Ganz gewaltige Fortschritte machte die Bankabteilung. Sie setzte auf Girokonto um im Kredit 156 877 109,73 Mark gegen 97 242 189,85 Mk. im Vorjahr, also 59 634 919,88 Mk. oder reichlich 61 Proz. mehr; im Debet 154 537 935,19 Mk. gegen 95 489 351,39 Mk. im Vorjahr, also 59 048 583,80 Mk. oder fast 62 Prozent mehr.

Dieses allgemeine Wachstum darf die deutschen Genossenschaften mit Stolz erfüllen. Während die englische Großverkaufsgesellschaft im 19. Jahre ihres Bestehens es erst auf 83 Millionen Mk. Umsatz gebracht hatte, weist die deutsche nach 19jähriger Tätigkeit bereits 136 Millionen Mk. auf. Das eröffnet die schönsten Aussichten für die Zukunft.

**Eine energische Sozialpolitik** hat die norwegische Regierung in Aussicht genommen. Der Ministerpräsident Knudsen hat in der Debatte über die Thronrede in Uebereinstimmung mit dem Handelsminister Idarff und deutlich betont, daß die Regierung die Durchführung der sozialen Reform, namentlich einer umfassenden Alters- und Invalidenversicherung, als ihre vornehmste Aufgabe betrachte, und daß sie erhebliche Einsparnisse beim Heer- und Flottenetat anstreben werde, um dadurch möglichst große Beträge für arbeiterfreundliche Reformen beschaffen zu können. Die Zukunft Norwegens hänge nicht von großen Rüstungen ab, sondern von einer gesunden Sozialpolitik, wodurch die körperliche und geistige Gesundheit möglichst breiter Schichten der Bevölkerung gefördert werden kann.

Was die geplanten Maßnahmen im einzelnen betrifft, so will die Regierung eine Vorlage auf Einführung eines Maximalarbeitsstages einbringen. Allerdings erklärte der Ministerpräsident, daß es noch nicht entschieden sei, ob dieser Maximalarbeitsstag auf 8 oder 10 Stunden bemessen werden soll. Er selbst ist Inhaber eines der größten industriellen Betriebe Norwegens und würde nach seinen persönlichen Erfahrungen keine Bedenken tragen, den Achtstundentag zu empfehlen. Er gebe aber zu, daß es vielleicht nicht richtig sei, ohne weiteres die Erfahrungen eines einzelnen Industriellen für die ganze Industrie zu verallgemeinern. Es ist wahrscheinlich, daß die Regierung noch nicht soweit gehen werde, weil man nicht wisse, ob die norwegische Industrie die sofortige Einführung eines so kurzen Arbeitstages vertragen könne. Weiter habe die Regierung auch die Frage der Einführung von drei Arbeitsschichten in unterbrochenen Betrieben reiflich erwogen. Allgemein werde diese Reform als wünschenswert bezeichnet; es sei aber doch zu bedenken, daß die norwegischen Fabriken für den ausländischen Markt arbeiten, und daß, wenn die Arbeitsunkosten zu groß würden, die einheimischen industriellen Betriebe der Konkurrenz schwerlich Stand halten könnten. Deshalb wünschte der Ministerpräsident, daß es möglich werde, in dieser Frage internationale Vereinbarungen zu treffen.

**Der Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung** hat in seiner Sitzung vom 4. März den Etat für das Jahr 1913 beraten und festgestellt. Derselbe sieht nicht weniger als

620 050 Mr. Ausgaben für Bildungs- zwecke aller Art vor. Es wurde ferner beschlo- sen, die Hauptversammlung Anfang Juni in Leip- zig abzuhalten. Als Beratungsgegenstand wird neben den geschäftlichen Verhandlungen auf die Tagesordnung gelegt: „Die Pflege des geistlich- lichen Bewusstseins im Volke“ unter Bezugnahme auf die Ereignisse vor 100 Jahren. Der im Herbst abgehaltene Vortrags- und Lesungsstufus für frei- willige Volksbildungsarbeit, der von 223 Personen besucht war, soll in den Herbstferien d. J. wiederum stattfinden; die gehaltenen Vorträge werden wie im Vorjahre als Buch mit dem Titel „Volksbildungspflege der Gegenwart“ Band II, veröffentlicht werden. Das Wanderkino hat an 182 Orten etwa 400 Vorstellungen veranstaltet. Unter den zahlreichen Ausgaben befindet sich auch ein Kasten von 25 000 Mr. für eine Kaiser Wilhelm-Jubiläumsgabe an unbemittelte Volksbibliotheken. Aus diesem Fonds sollen 1000 Bibliotheken mit einer Bücherabgabe im Werte von je 25 Mr. bedacht werden. Die Mit- gliederzahl der Gesellschaft beträgt zurzeit 8213 Körperschaften und 5946 Personen, zusammen also insgesamt 14 159.

### Gewerkevereins-Teil

**Kaufhof, Kreis Rendsburg.** Bei der Gemein- deversammlung wurde der Kassierer des hiesigen Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Kollege Hermann Lange, mit großer Mehrheit in das Gemeindefollegium gewählt.

**Wöbels.** Wieder steht die Zeit vor der Tür, da ein Teil unserer Kinder und ihrer Schulfreunde die Schule verlassen und einen neuen Lebensweg betreten. Mit diesem Augenblick beginnt die Verarbeitung um die Jugend, und durch verschiedenartige Oster- anstellungen soll derselben ein gewisser Nachdruck verliehen werden. Auch unsere Gewerkevereinsmitglieder dürfen diesen Zeitpunkt nicht verpassen, sondern müssen ihre Söhne und Töchter unfern bereits be- stehenden Jugendabteilungen zuführen und, wo solche noch nicht bestehen, sie ins Leben rufen, da es eine unbedingte Notwendigkeit ist, für unsere Gewerke- vereinsbewegung einen gesunden Nachwuchs heranzu- ziehen. Die Sozialdemokratie wirkt, und das in höch- sten Tönen, um die Jugend, zugleich die Zeitschrift die „Arbeiter-Jugend“ für Jung und Alt empfe- hend. Welch maßlose Erbitterung aber bereits in die jungen Herzen gelegt werden soll, besagt folgen- der in der Aufforderung enthaltener Satz: „Die Ar- beiter-Jugend“ hat darum die Aufgabe, die falschen, einseitigen Anschauungen, die die Klaisenschule in die jugendlichen Seelen verpflanzt hat, auszurotten, die flaffende Lüge dieser Bildung auszufüllen. Unsere heranwachsende Generation soll vor allem zur Achtung vor dem weltgeschichtlichen Ringen der Arbeiterklasse erzo- gen werden, zum Verständnis ihrer Räte und Kämpfe, zur Mitfreude an ihren Siegen, zur begei- sterten Hingabe an ihre Kulturziele, damit derein- st, wenn die Jungen und Mädchen Männer und Frauen geworden, sie in diesen Räten und Kämpfen

als tüchtige Kämpfer ihren Platz ausfüllen und die Fahnen des Proletariats zu neuen, glänzenden, zu erdglühigen Siegen führen.“ Wenn weiter die Auf- forderung folgt: „Gewerkevereinsarbeitliche Ar- beiter! Wollt Ihr es verhindern, daß unsere Jugend konformweise zu künftigen Geizen und Streikbrechern herangezogen wird, so sorgt dafür, wo immer Ihr mit jugendlichen Arbeitern zusammenkommt, auf den Ar- beitsstellen, in den Werkstätten, in Fabriken, auf Bauern, daß die jugendlichen Kollegen und Lehrlinge die „Arbeiter-Jugend“ halten“, so vergißt man nur einen Wink die Ehre zu geben, daß die Züchtung der geizen Breitere eine Produkt der verfehlten Taktik einzelner Gewerkevereinsführer ist, und daß man dem Wort „Freiheit“ in den sozialdemokratischen Reihen auch keinen allzu großen Glauben mehr schenkt. Darum, Gewerkevereinskollegen, wer es aufrichtig und ehrlich mit unserer Jugend hält, der Sorge beizugeben, daß wir unsere Söhne und Töchter und deren Freunde unfernen Reihen angliedern, da, wo sie später sich als freie und ganze Männer und Frauen fühlen können.

**Überhausen.** Der Vorstand des Ortsverbandes für Überhausen und Umgebung beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Aussperrung im Kaler- gewerbe, von der auch die Gewerkevereine mit betrof- fen werden. Zur Unterstützung der ausgesperrten Kollegen wurde beschlossen, einen Aufruf an die Mit- glieder und Freunde der Deutschen Gewerkevereine an Orte zu erlassen, um die Pläne der Schürmader, die Organisation der Gehilfen niederzuringen, zuzubanden zu machen. Vor allem wird darin aufgefordert, daß kein Arbeiter jetzt einem Meister Antireisearbeiten zur Ausführung übergeben darf. Bei bereits über- gebenen Arbeiten ist auf baldige Ausführung zu drän- gen und bei Vertretung wegen der Aussperrung der Auftrag zu empfangen. Ferner sollen die ausgesperr- ten Gehilfen dadurch unterstützt werden, daß die Ver- bandskollegen und ihre Freunde in ihrem Haushalt vorkommende, in das Fach schlagende Arbeiten, wie Streichen von Möbeln, Türen, Fenster, sowie das Tapezieren von Wohnungen, von ausgesperrten Ge- hilfen ausführen lassen. Die Vermittlung der Arbei- ten hat der Vorstand des Ortsverbandes übernommen. Es ist wünschenswert, daß dieses Vorhaben an andern Orten Nachahmung findet.

### Verbands-Teil

#### Versammlungen.

**Berlin, Distriktsklub der Deutschen Gewer- kevereine (D. D.).** Des Heriefestes wegen findet die nächste Sitzung erst am 2. April statt.

**Gewerkevereins-Vereinsrat (G. V.).** Jeden Domers- tag, abds. 8-11 Uhr, Lesungsstunde I. Verbandshaus b. Sonnenend, den 22. März. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr bei Gutzwill, Berg- straße 69. Abrechnung der Bilanz vom G. V. abds. 8 1/2 Uhr, Fruchthof 36 a. Mitteilungen, Unterhaltungsge- spräche. Besprechung über die stützende Herren- und Familien- partei. Werthhaltungsgegenstände. — Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Abends 7-9 Uhr, Zählabend im Rorbrot-Kaffee, Alt-Moabit 55-56. — Maschinenbau- und Metallarbeiter VII. Abends 8 1/2 Uhr

Versammlung mit Damen Gesellsch. 71. Mitteilungen, Ehrung zweier Jubilare. Letzte Abrechnung der Bilanz vom Abends. — Maschinenbau- und Metallar- beiter VIII. Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung mit Damen im Verbandshaus, Greifswalderstr. 221-223. Schriftbil- dungslehre des Herrn E. Schmidt über: „Ranfens Nordpol- fahrt“. Anstehende Familien-Unterhaltungsabend. G. V. Abends 8 Uhr, Zählabend bei Frau. Pothofstr. 52. Dienstag, 25. März, (3. Dinerfesttag) Besichtigung der B. G. B. Zentrale am Südbau 10-13. Treffpunkt daselbst, vormittags 9 Uhr. G. V. w. l.

#### Orts- und Regionalverbände.

**Bremen (Ortsverband).** Jeden ersten Dienstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung in Kurhofs Gesellschaftshaus, Bremen, Kellenstr. 42. — **Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Dom- ertag im Monat bei Hanstein, Sandowstr. 42. — **Dessau.** Gewerkevereins-Vereinsrat jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr, Lesungsstunde I. Vereinsl. Kaffee, Marktstr. 16. — **Elberfeld-Warmen (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung bei Roggen- kämpfer, Elberfeld, Kuisenstr. und Erholungstr. 46. — **Frankfurt a. O. (Gewerkevereins-Vereinsrat).** Jeden Freitag von 8-10 Uhr, Lesungsstunde im Vereinslokal, Kischstr. 16. Verbandskollegen herzlich willkommen! — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Vertreter-Sitzung. Jeden ersten und dritten Sonntag, abds. 7-9 Uhr, Distrikts- stunde im Lokal von G. Simon, Alter Markt. — **Haarlem (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Kuehling, — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Restaurant „Bühnen“, Egerstr. 2. Distriktsabend. — **Hannover (Gewerkevereins-Vereinsrat).** Jeden Domers- tag, abds. 8 1/2 Uhr, in Altona, Einheitsstr. 48-50. — **Hannover-Linden und Umgebung (Ortsverband).** Monatsversammlung der Jugendabteilung am Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats, morg. 10 Uhr in Linden bei Herrn Steinmeier. — **Herne (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Sitzung b. Frau. W. K. K. gegenü. der evang. Kirche. — **Herrsching (Ortsverband).** Jeden 2. Mittwoch bei Hilpe. — **Leipzig (Gewerkevereins-Vereinsrat).** Die Lesungsstunden finden jeden Mittwoch, abds. 8-11 Uhr im Vereinslokal, Stadt Hannover, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Mülheim (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat vormittags 10 1/2 Uhr, Vertreter-Sitzung im Verbandslokal bei Herrn Johann Müller, Sandstr. 38. — **Stettin (Sängerchor d. Gewerkevereine).** Die Lesungsstun- den finden jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr im Lokal, Böh- lenstr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen herzlich willkommen. — **Stettin (Ortsverband).** Distriktsklub, Sitzung jeden Montag, abds. 9 Uhr b. Nebel u. Donnerstag b. Winterl. I. Stroh- weg. — **Tegel (Distriktsklub für Regel, Dorfstraße u. Reinickend- berg).** Sitzung jeden Dienstag, abds. 8-10 Uhr bei Kömer, Schillerstraße 28, Ecke Schönebergstraße. — **Thorn (Ortsverband).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Mauerstr. 62. — **Weißfels a. O. (Vereinsabteilung der Gewerke- vereine).** Lesungsstunden jeden Dienstag, abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. — **Weißfels (Ortsverband).** Jeden 1. Sonntag im Monat Distriktsklub in Hermanns Garten. — **Worms (Ortsverband).** Jeden Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr, Singstunde im Verbandslokal „Mephisto“.

## Anzeigen-Teil

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

**Zur Feier**  
von  
**Stiftungsfesten, Mitgliedsjubiläen usw.**  
empfehlen wir den Ortsvereinen und Ortsverbänden  
das lebenswahre Bild unseres verstorbenen Anwalts  
**Dr. W. Girsh,**  
künstlerisch ausgeführte Photographie (Aufnahme  
aus den letzten Lebensjahren) im Karton 46x58 cm groß, zum  
Preis von  
**15 Mrk.** portofrei.  
Serner empfehlen wir die vom Bildhauer Dorn nach dem  
leben modellierte Büste des Verbandsanwalts zum  
Preis von **9 Mrk.** für Berlin, und für auswärts mit bahn-  
fertiger Kistenverpackung  
**12 Mrk.,** ohne Frachtkosten.  
Zum Wohnungsschmuck für Verbandskollegen sind  
noch vorrätig Bilder des Anwalts in seinem Kupferdruck,  
16x28 cm groß, zum Preis von **50 Pf.**  
Die Beträge müssen vorher an Verbandskassierer  
**R. Klein,** Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221-28  
eingesandt werden.

**Konowes.** Ortsverbandsge-  
sellen für durchreisende Kollegen  
beim Kassierer **B. Gasse,**  
Müllerstr. 7, Arbeitsnachweis bei  
**Ungerstr. 11,** Lindenstraße  
(Rekaurant).

**Hannover-Linden und Um-  
gebung (Ortsverband).** Durch-  
reisende Gewerkevereinskollegen aller  
Berufe erhalten Nachquartier und  
Verpflegungs-Karten hierzu bei  
**Carl H. Hebel,** Helfenstr. 32 a II.

**Sommerfeld (Orts).** Durch-  
reisende Arbeitslose erhalten das  
Ortsverbandsgeheim im Betrage  
von 50 Pf. beim Verbandskassierer  
**H. G. G. G. G.,** Sommerfeld,  
Krummestr. 108.

**Soran (Ortsverb.).** Durchrei-  
sende, arbeitslose Kollegen erhal-  
ten 50 Pf. Ortsgeheim beim Kol.  
**Dito Schindler,** Entenmarkt  
Str. 24 II.

**Primmensau (Ortsverb.).** Durch-  
reisende Kollegen erhalten 75 Pf.  
Bergelung. Markenabgabe beim  
**Kol. R. Adam,** Ologauerstr. 18.

**Wöbels.** Durchreisende erhalten  
in der Herberge „Zur Heimat“ freies  
Nachquartier und Frühstück. Karten  
sind beim Kollegen **Beuchel** in  
Stelzners Kohlenhandlung, Zwinger-  
straße, zu entnehmen.

**Kachen (Ortsverband).** Durch-  
reisende Kollegen erhalten 1 Mrk.  
Reiseunterstützung in dem Arbeiter-  
sekretariat Kachen, Kaldenberstein-  
weg 71.

**Länderscheid (Ortsverband).**  
Der Arbeitsnachweis sowie Orts-  
verbandsgeheim befindet sich beim  
Sekretär **Friz Bunte,** Soherstr. 12.

**Essen (Ortsverb.).** Durchreisende  
Kollegen erhalten vom Ortsverband  
Essen Abendbrot, Nachkloß und  
Morgensnack. Die Verpflegungs-  
karten werden nicht mehr auf dem  
Gewerkevereinsbureau, sondern bei  
den einzelnen Kassierern ausgestellt.

**Schmids (Ortsverband).** Allen  
durchreisenden Gewerkevereinskollegen  
wird für Nachquartier eine Unter-  
stützung von 60 Pf. gezahlt. Karten-  
abgabe bei **E. Tragsdorf,**  
Bachstraße 2.

**Kachen.** Durchreisende erh.  
im Winterhalbjahr 1 Mrk. und im  
Sommerhalbjahr vom 1. April bis  
1. Oktober 75 Pf. bei **E. Gerbe,**  
Kornmarkt 9.

**Korf i. L. für Durchreisende**  
Unterstützung und Herberge bei  
**A. G. Müller,** Ruch-  
straße 6.

**Leipzig-Wer (Ortsverband).**  
Durchreisende Gewerkevereinskollegen  
erhalten die Karten für das Orts-  
verbandsgeheim bei den Vereins-  
kassierern. Für Abendbrot und  
Nachkloßkarten haben dieselben in  
„Stadt Hannover“, Seibitz, Seeburg-  
straße 25-27, Gültigkeit.

**Wim a. D. (Ortsverb.).** Durch-  
reisende Gewerkevereinskollegen er-  
halten 1 Mark Unterstützung beim  
Ortsverbandskassierer **Reiner,**  
Pflauegasse 17.

**Die Schwindsucht der Arbeiter**  
ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung  
von  
**Prof. Dr. Th. Sommerfeld.**  
64 Seiten 80.